

1
2 **Antragsteller: Jasper Blöcher, Jenny Lüneburg**
3
4

5 Wohnheim für minderjährige Auszubildende
6

7
8 Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung
9
10

11 **Antrag:**

12 „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

13 Die Landesregierung wird aufgefordert,

- 14 1. ein Wohnheim für minderjährige Auszubildende in der Landeshauptstadt zu schaf-
15 fen, um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende in Kiel vorzuhalten, in dem die
16 minderjährigen Azubis mit ergänzenden pädagogischen Angeboten unterstützt
17 werden,
- 18 2. zu prüfen, wie die Schaffung eines Auszubildendenwohnheimes „U 18“ z. B. unter-
19 stützt werden kann, indem ein geeignetes Grundstück oder Gebäude seitens des
20 Landes Schleswig-Holsteins bereitgestellt werden kann,
- 21 3. zu prüfen, ob das Land Schleswig-Holstein eine Anschubfinanzierung leisten
22 könnte oder ob Unternehmen aus Kiel bzw. Arbeitgeberverbände hierfür bereit wä-
23 ren, mit zu investieren.
24

25 **Begründung:**

26 Die Landeshauptstadt ist ein attraktiver Standort für Schulabgängerinnen und Schul-
27 abgänger. Aufgrund des Fachkräftemangels gibt es jetzt schon einen Wettlauf um
28 qualifizierte Auszubildende, sowohl bei den Landesbehörden und Landeseinrichtun-
29 gen als auch bei in den in Kiel angesiedelten Firmen. Demgegenüber ist es minder-
30 jährigen Schülern „auf dem Land“ wegen der nicht immer einfachen Anbindung an
31 den ÖNPV nicht möglich, eine Ausbildung bei den attraktiven Arbeitgebern in der
32 Landeshauptstadt zu absolvieren. Nicht nur, dass sie mit den Studenten um günsti-
33 gen Wohnraum konkurrieren; als „U 18“ können sie in den seltensten Fällen allein
34 wohnen.

35 Das Azubi-Wohnheim bietet sowohl eine kostengünstige Unterkunft als auch den
36 notwendigen geschützten Rahmen für „U 18“, z. B. eine Betreuung der minderjähri-
37 gen Auszubildenden rund um die Uhr sowie Nachhilfeangebote, pädagogische Be-
38 gleitung bzgl. Berufsschulen und Betrieben, Kooperationen mit Sportvereinen. Au-
39 ßerdem hilft es, dem Fachkräftemangel in Landes-Verwaltung und der Wirtschaft
40 entgegenzuwirken.